

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO., VAL J. PETER, President. 1911 Howard Str. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Kopie 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Samstag, den 8. September 1917.

Bürgermeister gegen Gouverneur.

Am letzten Sonntag gab es in Chicago heftige Aufregung. Die Ursache war die Verammlung des „People's Council of America“, die aus Minnesota, Dakota und Wisconsin durch die Verbote deren Gouverneure verboten, nun in Chicago einen Unterschlupf zu finden suchte. Aber der Gouverneur von Illinois, Frank Lowden, verbot sofort die Abhaltung einer solchen Verammlung im Staate Illinois und somit auch in Chicago. Und ebenso promit erklärte der Bürgermeister der Weststadt, William Hale Thompson, daß der Gouverneur in Chicago garnichts zu sagen habe, da führe er das Regiment, er allein habe seiner Polizei zu kommandieren. Er erlaube darum die Abhaltung der Verammlung. Darauf wurde erklärungsweise der Gouverneur mild und drohte, den Bürgermeister durch Truppen verhaften zu lassen. Ueber die Truppen hat nämlich der Bürgermeister nichts zu sagen, während die Polizei der Stadtbrigade untersteht. Und nun soll der Stadtrat gegen den freibaren Bürgermeister mobil gemacht werden. Man will ihn abgeben.

Das ist ein unerquicklicher Streit um die Kompetenzen, der bei ein bißchen gutem Willen beiderseits hätte vermieden werden können. Der Gouverneur hat ohne Zweifel in der besten Absicht gehandelt, wenn er jene Verammlung nicht in den Grenzen des Staates Illinois haben wollte aus Besorgnis, daß dann gelegentlich der dabei unermesslichen Meiden die Gemüter aufeinander plagen und dadurch Ausschreitungen und Kämpfe herbeigeführt werden könnten. In einer solchen Meidenstadt wie Chicago ist ja immer ein Mob bereit, solche Gelegenheiten zu Mob und Zerschlagung zu benutzen.

Aber in dieser guten Absicht greift er über seine „Kompetenzen“ in die „Kompetenzen“ eines anderen, des Bürgermeisters von Chicago, ein. Die Polizei und damit die Ueberwachung von Verammlungen gehört zu den Obliegenheiten der betreffenden Stadtbehörde. Diese muß für Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb der Stadtgrenzen sorgen. Und wenn ihr dies bei ihren vielleicht beschränkten Mitteln nicht gelingt, dann wendet sie sich an die nächst höhere Instanz, den Gouverneur, der dann in solchen Fällen die Staatsmiliz heranzieht. Solches ist ja schon des öfteren bei Streiks und Riots geschehen und noch hat niemals zu Unmütigkeiten zwischen Stadt- und Staatsbehörden geführt. So hätte es auch diesmal sein können.

Aber in der Kriegsstimmung, in der sich heute die ganze Welt befindet, wird es mit den sonst üblichen Methoden und den betreffenden Gesetzen nicht mehr so genau genommen. Das ist an und für sich betrüblich, aber schon bei den alten Römern galt ja der Satz: Inter arma leges silent! Das heißt: Während des Krieges ruhen die Gesetze. Nicht falsch, aber wahr.

Ob es überhaupt politisch klug war von den Gouverneuren der oben genannten Staaten, jenes „People's Council“ aus ihren Staatsgrenzen zu verbannen, sei von Ort zu Ort zu sagen und ihnen damit ein gewisses Würgerecht zu verleihen, ja ihnen damit eine riesige Kellerei zu bereiten, lassen wir hier unerörtert. Wir müssen uns auch nicht in den Streit zwischen dem Gouverneur Lowden und dem Bürgermeister Thompson. Aber als gute amerikanische Bürger beurteilen wir auf das Entschiedenste die Geschehnisse, die eben Schimpfereien, in denen sich eine gewisse Profiteure ergötzen. Wenn sogar Prediger des Evangeliums, wie ein „Rebberend“ Jones in Chicago in salbungsvoller Rede den Bürgermeisters an jenen Ort wies, der nicht für seine kalte Temperatue bekannt ist, dann geht das doch zu weit. Und wenn gar die „Chicago Tribune“ den Bürgermeisters der „nauseating hypocrisy“ beschuldigt, so entlockt uns das nur ein Achselzucken. Da schimpft einer: „Galtet den Dieb!“

Wir haben zu dieser unerquicklichen Sache nur das Eine zu sagen: Der Krieg hebt die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger nicht auf. Sie haben auch während des Krieges das Recht, sich zu versammeln und über Ansicht über die Tagesfragen Ausdruck zu geben. Die Polizei hat kein Recht, ohne Gerichtsbefehl in Verammlungen einzugreifen, die auf Privatangelegenheiten abgehalten werden, und hat auch kein Recht, Verammlungen zu sprengen, ob dieselben in privaten oder öffentlichen Plätzen abgehalten werden. So haben amerikanische Richter entschieden. Und das von Rechts wegen.

Mayor Thompson hat jetzt dem Kampf ein neues Kapitel hinzugefügt, indem er alle seine Verleumdungen, darunter die großen englischen Tageszeitungen Chicagos, auf riesige Summen Schadenersatz verklagte. Dem Verlaufe dieser Klagen dürfte mit Spannung entgegengesehen werden.

Der Prozeß Soukhomlinow.

In St. Petersburg vollzieht sich gegenwärtig ein Prozeß, wie er in ähnlicher Weise schon mehrfach in der Weltgeschichte abgesehen hat: ein besiegtes Volk sucht nach einem Sündenbock, den es für seine Niederlage verantwortlich machen kann! So mußte Volzaine nach dem Kriege 1870—71 als Sündenbock für die Enttäuschung und den Kern der französischen Dienen, so wurde dem tapferen Stiefel nach dem russisch-japanischen Kriege die Schuld für den Fall Port Arthur beigemessen, so muß der frühere Kriegsminister aus Rußland, Soukhomlinow, sich jetzt auf die Anklage vertheidigen, sein Vaterland verraten und verkauft zu haben.

Die Bedeutung des Prozesses liegt insofern darin, daß die Augen der europäischen Völker auf Deutschland sind gewisse gerichtliche Feststellungen von besonderer Wichtigkeit, da sie unbestreitbar zu bezeugen scheinen, daß die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern gesucht hat. Auch der Zar erscheint angefaßt dieser Entfaltungen in günstigerer Sicht, denn unter dem Einflusse der glühenden Friedenssehnsucht des deutschen Kaisers war er bereit, eine Demobilisierung der an der deutschen Grenze aufzunehmenden Armeen anzuordnen, erließ in der Tat dahingehende Befehle, doch wurde deren Ausführung durch ein Paar Verbrecher, die den Zaren anlocken, verhindert. Für wie gewichtig die deutsche Regierung die Aussagen Soukhomlinow und des früheren russischen Generalstabschefs General Januschewitsch erachtet, ergibt sich aus den gefaßten Aufzeichnungen des Reichskanzlers Dr. Michaelis, der u. a. sagte: „Diese Aussagen sind geeignet, vollständig die Legende zu zerstören, daß Deutschland aus Ausbruch des Krieges schuld gewesen sei, und sie werden, wenn ihre Veröffentlichung im Auslande getätigt wird, die öffentliche Meinung in Europa zwingen, ihr Urteil über Deutschland zu berichtigen.“

Im Uebrigen scheint das Zeugnisverhör zu beweisen, daß ein jeder der früheren Untergetanen des Angeklagten bei der Vernehmung nur das „Ja“, „nein“ im Munde hat. Die Niederlagen des Großfürsten Nikolous werden durch das Ausschleiden benötigter Munition erklärt, das von Soukhomlinow absichtlich herbeigeführt worden sein soll; er soll ganze Armeen wissentlich in den Tod geschickt, den Deutschen die Feldzugspläne Rußlands und auch alle sonstigen wichtigen militärischen Geheimnisse verraten haben, und zwar alles dies, nicht weil er mit Deutschland impenetrirte, sondern um die ihm von deutschen Agenten gezahlten riesigen Vespaltungsgelder zu erlangen. Der Zar brachte ihm blindes Vertrauen entgegen, und zwar so felsenfest, versicherte ein Zeuge treuherzig, daß kein Mensch in Rußland den Zaren über die wahre Sachlage aufzuklären vermochte.“ Der vorerwähnte Generalstabschef Januschewitsch berichtete in ergreifender Weise, wie Nikolous' Heere sich plötzlich im Feindesland ohne Schicksal fanden, wie die Deutschen, die bezüglich genau unterrichtet waren, ihre Geschütze dicht an die russischen Linien brachten, und ganze Regimenter hilfloser Soldaten niedermachten.

General Swonow, früher Befehlshaber in Belgien und Volhynien, versicherte, daß Soukhomlinow seine Gattin als Mittelsperson zwischen ihm selbst und den Agenten des Feindes verwendete. Diese Agenten waren ein Deutscher, namens Abaschew, und ein Österreicher, namens Altschiller, und die Begegnungen fanden in Warschau statt. Guskow, der Präsident der dritten Duma, sagte aus, daß er sich vergeblich bemüht habe, den Kriegsminister zur Beschaffung reichlicherer Munition zu veranlassen, daß er im Jahre 1914 die Stellung Ostrower bekleidete und fand, daß die Besorgung mangelhafter Munition nur morgens und abends je einen Schuß als Salut feuern konnte, und daß die Deutschen sich fast tot lachen

wollten, ob der zwei Schüsse pro Tag der Russen.“ Viele weitere Zeugen berichteten, daß sich patriotische Bürgerkomitees bildeten, um dem Munitionsmangel abzuwehren, doch wurden diese, wie General Belitschko, Vorsteher des technischen Armeebüros, angab, von Soukhomlinow unterdrückt. Den stärksten Schlag versuchte jedoch Guskow dem Angeklagten zu versetzen, indem er erklärte, daß Soukhomlinow allein schuldig sei für die Niederlagen Rußlands.“ Worauf sich auch General Belitschko wieder zum Wort meldete, und sich dem geehrten Herrn Vorredner voll und ganz anschloß.

Nicht einer der Zeugen schien geneigt zu sein, Sündenbögen, Madonnen, Falkenhayn und Noebber als mitschuldig an diesen Niederlagen zu betrachten. Unter diesen Umständen kann wohl kaum ein Zweifel daran bestehen, daß Soukhomlinow auf alle Anklagen hin für schuldig befunden werden wird. „Es tauscht der See der Volkstun und will sein Opfer haben!“

Zukunftspläne der franz. Sozialisten!

Die sozialistische Kommission, die mit der Prüfung des Fragebogens für Stockholm beauftragt war, nahm, wie man aus Paris meldet, den Absatz bezüglich einer Vereinigung der Nation an. Die Grundlage des kommenden Dauerfriedens soll das Recht der Völker sein, über sich selbst zu bestimmen. Die Kommission stellt bezüglich Einflußbringens fest, daß sich das elstische Volk mit Frankreich vereinigt habe, weil dies kein Wunsch war. Sein eigener Wille und nicht der Vertrag von Münster haben diese Vereinigung legitimiert. Um die Gewalttätigkeit der Konventionen zu verhindern, verlangt der Rapport die Schaffung einer internationalen Streiktruppe, die aus allen nationalen Armeen gebildet wird. Alle Regierungen stehen so unter der Kontrolle der Souveränität des Volkes.

Der Rapport spricht sodann mehrere Gedanken aus, wie wie sie in der Antwort des Präsidenten Wilson an den Papst wiederfinden. So den, daß ein Frieden mit den Völkern Österreich-Ungarns und Deutschland nur untergeordnet werden kann, wenn diese selbst ihr Geschick bestimmen. Es ist dies die Verwirklichung der Selbstbestimmung. Der Rapport sieht auch die schrittweise und gleichzeitige Abrüstung vor und fordert die Internationalisierung der Verfehrwege. Tagesgen weigert er sich im Interesse der Welt, die Freiheit der Meere, wie sie von den deutschen Meeresheerern und U-Booten gefordert wird, zuzugestehen, weil sie die Alliierten eines entscheidenden Vorteils beraubt. In Bezug darauf erklärt der Rapport namentlich, in Kriegszeiten wäre dies die größte Dummheit. Wenn das deutsche Volk vor einer zukünftigen Wiedergebilde stehen will, dann muß es alle jene Bedingungen erfüllen, unter denen die Einführung der Demokratie die erste ist und die die Schaffung der Vereinigung der Nationen ermöglicht.

Ueber diesen Punkt schließt der Rapport folgendermaßen: Wenn die Welt den Dingen ihren Lauf lassen will, so ist die Neutralität Rußlands und Belgiens vergeblich. Es ist zu mächtig, so mächtig, daß es die Welt in zwei Lager teilt, die einen für die Freiheit der Meere, die anderen für die Freiheit der Meere, die einen für die Freiheit der Meere, die anderen für die Freiheit der Meere. Es ist zu mächtig, so mächtig, daß es die Welt in zwei Lager teilt, die einen für die Freiheit der Meere, die anderen für die Freiheit der Meere. Es ist zu mächtig, so mächtig, daß es die Welt in zwei Lager teilt, die einen für die Freiheit der Meere, die anderen für die Freiheit der Meere.

„Certain people have asked me to become a candidate for Mayor.“ said Mr. O'Leary, „on a peace platform and a platform that stands for free speech, a free press, and the maintenance of the American Constitution, as well as on an anti-conscription platform. I have taken the matter under serious consideration and do not know yet just what I shall do. I am not against conscription, but I am in favor of the Hardwick amendment that conscripted troops should not be sent to foreign countries. Like nearly everybody else, I want to see peace, but I believe the President was right in declaring war, as there was a clear casus belli, and it was necessary to preserve the honor of the nation, but at the same time I am against sending our soldiers to fight on foreign soil and to mix in the European situation. These ideas might not suit the anti-conscriptionists or the peace parties, and therefore they may not favor my candidacy. If the matter can be satisfactorily adjusted it may be that I will make the race against Mayor Mitchell.“

Among those who have urged Mr. O'Leary to run for Mayor on an independent ticket are the Friends of Irish Freedom, the Constitutionalists, and others who have been holding soapbox meetings in the city. These men believe that Mr. O'Leary would represent their views much more than would William R. Hearst, who, they say, has not been sincere in his attitude on many of the questions involved. The promoters of the O'Leary movement take the attitude that the many elements opposed to Mayor Mitchell and the war program should have a candidate who would thoroughly represent all their views. As it now stands, they said, the only party they can vote with in the municipal election is the Socialist Party, and many do not want to do that. A candidate such as Mr. O'Leary, they said, would give them the chance to vote for a man who was in sympathy with them, and at the same time would give them opportunity to register their opposition to all the political parties. Mr. O'Leary's friends predicted that in the event of his running he would obtain the support of many Socialists.

Dolltreffer

Nach einer Meldung aus München soll die bisherige Dauer des Krieges die Hälfte des Volksumstandes gekostet haben. Das gleiche dürfte auch für die anderen europäischen Kriegsmächte gelten, vielleicht sogar noch in schlimmerer Umfange für Belgien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Serbien und Rumänien, deren Gebiet zum Teil in Feindeshänden ist oder war und den Schandtag zerstörender Kämpfe bildete. Etwas besser dürfte nur Großbritannien gestellt sein, dessen Zustand der Krieg am wenigsten beeinträchtigt hat, und das als Lieferant seiner Verbündeten Hunderte von Millionen verdient hat.

Die Louisviller Zeitung, die vor siebenundsechzig Jahren den Schicksalsstern geteilt wurde, hat in diesen Tagen die Worte ihrer neuen Hülle festlich begangen, und die schöne Feiertage ein Schauspiel für die Bevölkerung deutscher Herkunft des ganzen Landes gewesen. Sie hat ihr Geistes, was die Amerikaner deutscher Herkunft aus der schwereren Zeit schaffen und vollbringen können, wenn der Wille da ist. Und der Mut, der zu jeder großen Tat nötig ist. In Louisville haust der grimmige Watterton, einer von der Spitze, die die Union verraten wollten, als die Deutschen sie re-

gentlich sagen hört, die Gerechtigkeit sei gestorben. Denn wir wissen, daß wir in einem hochbilligsten Rechtsstaate leben, der kein Unrecht gegen seine Bürger duldet, einerlei von welcher Seite es auch kommen mag.

The Value of Language.

The following short but instructive editorial of The New York Evening Mail is herewith dedicated and recommended for a considerate perusal to the members of the Cleveland Board of Education who in their unfathomable wisdom saw fit to abolish the German instruction from the elementary grades of our public schools:

THE VALUE OF LANGUAGE.

The „Droit d'Auteur,“ published at Berne, Switzerland, is a sort of „Who's Who“ of the international world of books. This publication issues an annual list of the books published in all the civilized countries of the world. Here is a table of the books that have issued from the press of the United States, France, Great Britain and Germany in the three years ending with 1915, as given by the „Droit d'Auteur“:

Table with 4 columns: Country, 1913, 1914, 1915. Rows: France, U. S., Great Britain, Germany.

These figures ought to be of interest to those who are advocating the abandonment of the teaching of German in our

Local Politics in New York.

Interest in the Mayoralty situation in New York, says the New York Times, has taken a different turn when it was learned that not only nomination petitions were filed for William R. Hearst, but also that J. A. O'Leary, Pres. of the American Truth Society, was seriously considering the advisability of becoming a candidate for Mayor himself.

„Certain people have asked me to become a candidate for Mayor.“ said Mr. O'Leary, „on a peace platform and a platform that stands for free speech, a free press, and the maintenance of the American Constitution, as well as on an anti-conscription platform. I have taken the matter under serious consideration and do not know yet just what I shall do. I am not against conscription, but I am in favor of the Hardwick amendment that conscripted troops should not be sent to foreign countries. Like nearly everybody else, I want to see peace, but I believe the President was right in declaring war, as there was a clear casus belli, and it was necessary to preserve the honor of the nation, but at the same time I am against sending our soldiers to fight on foreign soil and to mix in the European situation. These ideas might not suit the anti-conscriptionists or the peace parties, and therefore they may not favor my candidacy. If the matter can be satisfactorily adjusted it may be that I will make the race against Mayor Mitchell.“

Among those who have urged Mr. O'Leary to run for Mayor on an independent ticket are the Friends of Irish Freedom, the Constitutionalists, and others who have been holding soapbox meetings in the city. These men believe that Mr. O'Leary would represent their views much more than would William R. Hearst, who, they say, has not been sincere in his attitude on many of the questions involved. The promoters of the O'Leary movement take the attitude that the many elements opposed to Mayor Mitchell and the war program should have a candidate who would thoroughly represent all their views. As it now stands, they said, the only party they can vote with in the municipal election is the Socialist Party, and many do not want to do that. A candidate such as Mr. O'Leary, they said, would give them the chance to vote for a man who was in sympathy with them, and at the same time would give them opportunity to register their opposition to all the political parties. Mr. O'Leary's friends predicted that in the event of his running he would obtain the support of many Socialists.

„A great many people in New York who do not want war will

Unser neuer Roman beginnt Montag!

Am kommenden Montag beginnen wir mit der Veröffentlichung des Romans „Lieb Vaterland“ aus der Feder des bekannten deutschen Roman Schriftstellers Rudolf Straß. Unseren Lesern ist Straß kein Unbekannter, da ja der heute zu Ende gehende Roman „Seine englische Frau“ auch von ihm ist, und doch dieser zu den schönsten Erzählungen gehört, die sie seit Langem gelesen, werden unsere Leser uns wohl bereitwillig zugehören.

Es wird deshalb wohl allein der Hinweis genügen, daß der nächste Roman auch von Rudolf Straß ist, um das Interesse der Leser anzuregen, und wir können sie versichern, daß sie in ihren Erwartungen nicht getäuscht werden.

public schools. Americans as a rule are poor linguists. We need more teaching of foreign languages, and not less, in our schools. We need more men and women who can read or speak French, Spanish and German. We need a better acquaintance with the lives and modes of thought of other nations, as disclosed by their languages and literatures. America cannot afford to eliminate the study of German from her schools. That language fills too large a place in the science, the philosophy and the history of the world to be lightly discarded. And if it is fear-

WHAT IS LEGAL AND WHAT IS NOT?

(In the United States District Court for the district of Maryland, July 11, 1917. The United States of America vs. Romanus E. Baker and Jacob M. Wilhide.)

Remarks of the Court in Ruling Upon Admissibility of Testimony. The Court. I might as well make perfectly clear what I understand to be the issue in the case. Every man has a perfect right to any opinion he may see fit to form about any proposed law or about any law that is on the statute books. Any man may do anything, in itself legal, to secure the repeal of any law in force. To that end he may make any argument that commends itself to his reason and judgment against the policy of any particular law, whether it be the law for a selective draft or any other. And he is not answerable for the wisdom of his arguments. He could not very well be put on trial even for the good faith of some of them. I am afraid, if he could be, most of the political orators in every campaign would be liable for much they say about the other party. We all of us say more against our political opponents than we really believe. But there is one limit: As long as the law is the law, it is the duty of every man to obey it, and he may not, under color or pretense of arguing against the wisdom of the law, or of advocating its repeal, do anything with intent to procure its violation. Now, I have not seen these circulars that were distributed by the defendants; they may be wise or unwise, temperate or intemperate. I do not know a thing about them. But the one thing the jury is to inquire into is not as to the wisdom or to the lack of wisdom of any statements in those circulars, or their truthfulness or their fairness. That is not the question. The one sole question in case is whether these men, in anything they did, intended to persuade men not to register under the draft, or, after they were registered, to persuade them not to obey the order to come to the colors. That is the one question. So the real inquiry here is, can the government show, always beyond a reasonable doubt, that these men were trying to persuade people to disobey the law? Whether they approached candidates for enlistment or persons within the age for enlistment and made any statements to such persons which might naturally make such persons reluctant to obey the law, is one of the facts to be taken into consideration by the jury; but the jury can not convict unless they are satisfied, of course, beyond a reasonable doubt, that these men were then engaged in doing something which they purposed and intended should prevent men within the military age from obeying the law. If the jury is satisfied beyond a reasonable doubt, then the case is made out. If they have any doubt about the purpose of these men, they must acquit them, however mistaken the jury may happen to think they were about the policy of the law, however unfair or extravagant the jury may think their arguments against it were.

anything to go to the jury in this case. You may have your own opinions about that circular; I have very strong individual opinions about it, and as to the wisdom and fairness of what is said there; but so far as I can see, it is principally a circular intended to induce people to subscribe to socialist newspapers and to get recruits for the socialist party. I do not think that we ought to attempt to prosecute people for that kind of thing. It may be very unwise in its effect, and it may be unpatriotic at that particular time and place, but it would be going very far indeed, further, I think, than any law that I know of would justify, to hold that there has been made out any case here even tending to show that there was an attempt to persuade men not to obey the law.

There is a very lurid description of the horrors of war in that circular, some of it well written, some of it not so well written. But, after all, there is no difference of opinion that war is a terrible catastrophe and involves many terrible things. The circular develops some sort of a theory, not very clearly argued out, that if everybody had voted the socialist ticket there would have been no war. The circular ends up with an appeal to subscribe to the socialist paper for 50 cents a year, or 25 cents for every six months. Mr. Latane. The side of it that appealed to the government was this, your honor: Of course, we are perfectly satisfied with your honor's determination of the matter, but just in explanation, it starts out with the words „Conscription is upon us, and the draft law is a fact.“

The Court. That I understand to be a fair and reasonable deduction from their point of view it all could be avoided if the people earlier had taken this socialist paper and had voted the socialist ticket. Mr. Latane. The point that occurred to the government is this: These people are too clever to directly, in print, attack the draft law, so under guise of advocating the principles of the socialist party, they give the whole draft proposition a very raw deal.

The Court. That is possible, but you must prove the intent beyond the possibility of a reasonable doubt. Mr. Latane. All we want is to get some judicial determination of the matter. The Court. The judicial determination of the matter is that in whatever form they put what they say or do, whether that of advocating the principles of any political party—republican, democratic, prohibitionist, socialist—or under any other guise whatsoever, it is an offense to do anything with the intent of bringing about a violation of the law, but the commission of that offense must be proved, the intent must be established by evidence which will justify a jury in holding that it was made out beyond a reasonable doubt, and in this case there is no such evidence. Gentlemen of the jury, you have the instructions of the court to return a verdict of not guilty. True copy. Test. (Seal) Arthur L. Spamer, Clerk.